

FREIE SICHT

Das Rahmengenängnis

REINER EICHENBERGER

Die Schweiz ist nach EU-Massstäben supererfolgreich. Ihr Pro-Kopf-Einkommen ist kaufkraftbereinigt rund ein Viertel höher als dasjenige Deutschlands und zu laufenden Wechselkursen umgerechnet sogar fast doppelt so hoch. Das sind riesige Unterschiede. Der Grund dafür ist einfach: In der Schweiz können sich die Menschen und Unternehmen dank klügeren Gesetzen und Regulierungen schneller und erfolgreicher an die globale Marktdynamik anpassen.

Anders gesagt: Unser grosser Standortvorteil sind unsere Gesetze und Regulierungen. Gesetze, die besser als in der EU sind, können wir nicht von dort importieren. Wir müssen sie selbst machen. Dafür braucht es eine grosse Eigenständigkeit. Diese würde uns das Rahmenabkommen nehmen. Dessen grösstes Problem sind nicht die drei Themen Lohnschutz, staatliche Beihilfen und Bürgerschaftsfragen, über die der Bundesrat mit der EU nochmals sprechen möchte. Vielmehr sind es die zwei Kernthemen des Abkommens, über die der Bundesrat nicht mehr sprechen will.

Erstens die Guillotinen-Klausel: Mit ihr kann die EU immer alle unter dem Rahmenvertrag neu geschlossenen und erneuerten Verträge gemeinsam kündigen und die Schweiz unter enormen Druck setzen, wenn sie einen der Teilverträge abändern möchte. Zweitens die Streitschlichtung: Sie gäbe dem EU-Gericht, das ganz klar die EU-Integration vorantreiben will, eine entscheidende Rolle bei der Streitschlichtung Schweiz-EU. Diese

beiden Aspekte bewirken eine starke, asymmetrische und unumkehrbare Eigendynamik mit einer schrittweisen, automatischen und unumkehrbaren Anpassung der Schweizer Rechtsnormen an die EU. Sprich, die Schweiz würde ihren entscheidenden Vorteil verlieren: ihre Freiheit, vieles ein bisschen anders und besser zu machen.



Die Schweizer sollten ihre eigene Freiheit nicht für die Binnenmarktintegration opfern. Die Bilateralen I sind sehr viel weniger wert, als die Regierung behauptet. Und die EU hat ein riesiges internes Problem: Ihre meisten Mitglieder haben für die durch die Personenfreizügigkeit verbotene Diskriminierung von Zuwanderern einen viel schlimmeren Ersatz entwickelt: die Diskriminierung der Outsider (der Zuwanderer plus der eigenen Jungen auf Job- und Wohnungssuche) gegenüber den Insidern (den eigenen Alten mit Job und Wohnung). Dies ist eine EU-konforme Weiterentwicklung der flankierenden Massnahmen mit riesigen gesellschaftlichen Kosten.

Und was ist mit der Drohung, ohne Rahmenabkommen datiere die EU die bilateralen Verträge nicht mehr auf und liesse sie erodieren? Das ist ein weiteres Argument gegen das Rahmenabkommen. Doch je stärker die EU andere Länder diskriminiert, desto schlechter ist es für die Schweiz, sich an sie anzubinden. Die Anbindung bedeutet dann weniger Barrieren im Handel mit der EU, aber mehr Barrieren zum Rest der Welt. Weil der Handel der Schweiz mit dem Rest der Welt schon heute grösser als derjenige mit der EU ist und weit schneller wächst, sollte sie sich nicht in die Festung EU einrahmen. Es wäre ein Gefängnis.